Ausgangspunkt des vorliegenden Artikels ist eine Frage, die in der hannoverschen Landeskirche aktuell ansteht: Wie sollen wir uns als Kirche zur niedersächsischen Kommunalwahl im Herbst 2026 äußern? Zugleich geht es um mehr als diesen einen Anlass. Die folgenden Überlegungen wollen grundsätzlich Leitlinien formulieren, wie Kirche sich zu politischen Wahlen und Entwicklungen äußern kann, ohne ihren geistlichen Auftrag zu verfehlen.

Leitlinien für kirchliche Stellungnahmen zu anstehenden Wahlen. Eine theologische Navigationshilfe

Wichard von Heyden, Gehrden, April 2026

Vorwort

Der vorliegende Text ist als Artikel gefasst. Ausgangspunkt ist eine Frage, die in der hannoverschen Landeskirche gegenwärtig ansteht: Wie sollen wir uns als Kirche zur niedersächsischen Kommunalwahl im Herbst 2026 äußern? Zugleich geht es um mehr als diesen einen Anlass: Die folgenden Überlegungen wollen grundsätzlich Leitlinien formulieren, wie Kirche sich zu politischen Wahlen und Entwicklungen äußern kann, ohne ihren geistlichen Auftrag zu verfehlen. Es geht dabei um Grundsätze, die angesichts der heutigen Verhältnisse helfen, eine möglichst gute, ehrliche, resonanzfähige und vom Evangelium geleitete Stellungnahme zu unterstützen.

Ich plädiere hierbei für einen Haltungswechsel: weg von exklusiver Konfrontation mit einzelnen Parteien oder Sichtweisen. Weg von jeder Vereinnahmung des demokratischen Systems. Hin zu einer geistlichen, vom Evangelium her begründeten Perspektive. Das Ziel: Einen Anstoß zu weiteren grundsätzlichen Überlegungen zu liefern.

Ein späteres geistliches Wort selbst muss knapp und klar bleiben – aber es sollte auf der Grundlage gründlicher Vorüberlegungen verantwortet sein. Zugleich wird der Text bewusst offen zugänglich vorgelegt.

1. Geistliche Worte nehmen Macht religiös ernst

Kirchliche Stellungnahmen zur Wahl beginnen mit der Grundfrage: Wer ist letztgültig mächtig – Gott oder Menschen? (Ps 2; Dan 7; Mt 28,18).

Politische Macht ist nie absolut, sondern immer relativ zum Bekenntnis, dass Jesus Christus, der Gekreuzigte und Erhöhte, „König aller Könige und Herr aller Herren" ist (1 Tim 6,15; Offb 19,16).

Das 1. Gebot stellt klar: Keine Idee, keine Ideologie und kein monistischer Grundsatz darf den Platz Gottes einnehmen. Auch Anliegen wie Gesundheit, Familie, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Klima- und Umweltschutz, Identitätsfragen oder Lebensentwürfe und Haltungen können, wenn sie ideologisch überhöht werden, zu Götzen werden und sich somit dem 1. Gebot in den Weg stellen (Ex 20,3; Mt 6,33).

Geistliche Worte erinnern daran, dass keine Partei, keine Regierung und kein „Volk" göttliche Autorität besitzt, sondern vor Gottes Gericht und Barmherzigkeit steht. Dadurch unterlaufen sie alle Tendenzen zur Sakralisierung von Macht, Ideen oder politischen Projekten und nehmen zugleich Verantwortung in der Geschichte ernst.

2. Apokalyptische Nüchternheit benennt Muster, nicht Namen

Die Bibel kritisiert politische Mächte gern in apokalyptischer Redeweise – mit Bildern, Typen und Grundmustern, nicht mit Namenslisten (Dan 7; Mk 13; Offb 13; Offb 17–18). „Babylon", „Tier", „Hure", „Antichrist" und der „Mensch der Gesetzlosigkeit" stehen für Macht, die verführt, knechtet oder zerstört, nicht für jeweils eindeutig identifizierbare Personen oder Parteien (1 Joh 2,18; 2 Thess 2,3–4).

Der „Katechon" – der geheimnisvolle „Aufhalter" in 2 Thess 2,6–7 – macht deutlich: Gott setzt dem Bösen eine Grenze, ohne dass wir eindeutig wissen, durch welche geschichtlichen Kräfte und Ordnungen er das tut.

Kirchliche Worte zur Wahl folgen diesem Prinzip: Sie zeichnen geistliche Linien (Lüge/Wahrheit, Dienst/Herrschaft, Gewalt/Frieden) und achten Gottes zurückhaltendes Wirken in geschichtlichen Ordnungen. Sie identifizieren Akteure nicht direkt.

3. Sprechen in der Linie von Barmen

Die Barmer Theologische Erklärung gewann ihre Klarheit nicht durch die Nennung von Parteien oder Personen, sondern durch das Aussprechen biblischer Grundsätze. Sie benennt, wer Gott ist, was Kirche ist und welche Ansprüche Gottes Wort an Kirche und Staat erhebt – und überlässt es den Hörenden, diese Grundsätze auf ihre Zeit anzuwenden.

Ein geistliches Wort zur Wahl orientiert sich daran: Es entfaltet theologische Kriterien (Christusbekenntnis, Doppelgebot der Liebe, Gottesebenbildlichkeit des Menschen), statt direkt zu bewerten. Gerade so bleibt es aktuell, anstößig und über den konkreten Anlass hinaus tragfähig.

Soweit Kirche auf Einschätzungen staatlicher Stellen, Verfassungsschutzberichte oder journalistische Recherchen Bezug nimmt, sollte sie das offen und mit Bewusstsein für deren

Vorläufigkeit tun. Solche Quellen können, solange sie valide sind, Hinweise geben, ersetzen aber nicht die eigene Prüfung im Licht von Schrift und Bekenntnis und liefern niemals allein die Begründung für geistliche Urteile. Zudem: Die Validität einiger solcher Berichte ist gerade in jüngster Zeit fraglich geworden. Vorsicht ist also angebracht, es sei denn, kirchliche Gremien wissen mehr.

4. Reich Gottes und Welt: unterschieden und doch verschränkt

Kirche vermeidet daher auch jede Identifizierung von Reich Gottes und politischer Ordnung. Jesus sagt: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“ (Joh 18,36) und „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“ (Mk 12,17).

In augustinischer und lutherischer Tradition wird klar: Reich Gottes und Reich dieser Welt lassen sich theologisch unterscheiden, aber im konkreten Leben nicht säuberlich trennen (Augustin, „De civitate Dei“; Luther „Von weltlicher Obrigkeit“). Christen egal welcher Couleur sind mit all ihren Institutionen und Programmen immer zugleich Sünder und Gerechtfertigte (simul iustus et peccator; Röm 3,23–24; Röm 7).

Geistliche Worte halten diese Spannung aus, statt eine „reine christliche Politik“ gegen eine »verdorbene Welt« zu setzen.

5. Zwei Regimente: Schutz vor Moralismus, Zynismus und Anarchie

Nach der Lehre von den zwei Regimenten (oder zwei Schwertern) stehen Christen in doppelter Verantwortung: als Glaubende, die an der Bergpredigt ausgerichtet sind (Mt 5–7), und als Verantwortliche in Staat, Gesellschaft, Familie oder Wirtschaft, die für Schutz, Versorgung, Recht und Abwehr von Gewalt sorgen müssen (Röm 13,1–7).

Politik ist damit Leitungsverantwortung unter begrenzten Bedingungen. Sie muss Entscheidungen treffen: auch solche, die hart sind und im Einzelfall wie im Grundsätzlichen als frag- und kritikwürdig erscheinen.

Dennoch ist die grundsätzliche Aufgabe des Staates anzuerkennen: Er soll Recht sichern, Leben schützen und Gewalt begrenzen – die Alternative wäre Chaos und das bloße Recht des Stärkeren.

Kirche ist nicht der verlängerte Arm staatlicher Institutionen oder einzelner Parteien. Ihre Aufgabe ist es nicht, politische Feindbilder zu verstärken, sondern alle Herrschaftsansprüche im Licht des Evangeliums zu prüfen. Der Staat darf sich nicht überheben, darf sich nicht mit dem Reich Gottes verwechseln oder als Selbstzweck auftreten.

Politische Entscheidungen bleiben in dieser Perspektive grundlegend konflikthaft; niemand kommt „ohne Sünde“ aus den Dilemmata heraus. Eine kirchliche Stellungnahme darf daher weder naiv idealistisch so tun, als gäbe es immer eine schuldlose Lösung, noch zynisch behaupten, „es gehe halt nicht anders“. Sie benennt die Konflikte, ruft zur Gewissensprüfung auf und dazu, unter dem Evangelium immer wieder nach anderen, gerechteren Wegen zu suchen – und Missbräuche von Macht im Licht der Ziele Gottes mit seiner Schöpfung zu kritisieren.

6. Der irdische Souverän zwischen Eigennutz und Verantwortung

In der Demokratie ist der Wähler der höchste irdische Souverän. Es steht ihm frei, rein selbstbezogenen Grundsätzen zu folgen. Zugleich neigen wir dazu, nur die offensichtlich asoziale Selbstbezogenheit scharf zu sehen, nicht aber, dass auch idealistische Positionen am Ende a-sozial

wirken können. Idealistische Motive sind schätzenswert. Sie heben aber die Pflicht nicht auf, die Schwachen im Blick zu behalten, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Überlebensfähigkeit des Gemeinwesens zu sichern und die konkreten Bedingungen politischen Handelns zu beachten. Regierungen und Parlamente geraten oft in Versuchung, ihre Entscheidungen rhetorisch als „Sachzwang“ und „alternativlos“ darzustellen. Christliche Rede erinnert daran, dass es zwar begrenzende Bedingungen gibt, aber fast nie völlige Alternativlosigkeit; das Suchen nach gerechteren, menschlicheren Wegen bleibt Auftrag. Das wäre die christliche Verantwortung.

Ähnlich wirkt Karl Poppers Einsicht, dass wir die Wahrheit nie besitzen, sondern uns ihr nur kritisch prüfend annähern können – auch in der Politik: Es kommt nicht darauf an, »Recht zu haben«, sondern der Wahrheit näher zu kommen. Das geschieht durch den respektvollen Streit der Argumente und möglichst nicht durch Diskreditierung oder argumentatio ad personam: Selbst bei der extremsten Gegenposition und dem unangenehmsten Gegenüber kann ein Korn von Wahrheit vorhanden sein. Das anzuerkennen, eröffnet Möglichkeiten für Gemeinschaft und Integration.

7. Demokratie als Gabe – nicht als Gott

Kirche ist nicht von ihrem Wesen her demokratisch verfasst. Sie lebt aus Wort und Sakrament und dem Ruf Gottes in die Nachfolge Jesu Christi. Sie kann jedoch in einer demokratischen Ordnung ihre Sendung besonders gut ausüben, weil diese die Gewissensfreiheit achtet und Beteiligung vieler ermöglicht. Demokratie entspricht in vieler Hinsicht der Würde der Gemeindeglieder, die alle Anteil haben am Leib Christi. Darum bejaht Kirche die Demokratie als eine geschichtlich geschenkte und errungene kostbare Gabe Gottes. Die Kirche stärkt die demokratische Ordnung, indem sie Gewissen bildet, Gespräch ermöglicht und Menschen zur Verantwortung ruft.

Demokratie steht nicht über Gott. Sie ist weder letzte Instanz noch Waffe zur Disqualifizierung anderer. Kirche ist gut beraten, zurückhaltend zu sein, wenn positive Werte des Allgemeinguts zur Waffe werden. „Demokratiefeindlichkeit“ als Vorwurf drängt andere aus der Gemeinschaft. Egal ob der Vorwurf im Einzelfall berechtigt ist oder nicht – das ist nicht die spezifische Ebene christlicher Argumentation. Wenn Kirche Tendenzen als gefährlich benennt, tut sie das im Rahmen ihres eigenen Auftrags: Sie prüft Haltungen und Programme am 1. Gebot und an der Nächstenliebe – nicht an parteipolitischen Frontlinien oder wechselnden Mehrheitsurteilen.

Kirchliche Stellungnahmen zur Wahl würdigen die Demokratie als Raum verantworteter Freiheit. Der freiheitliche Rechtsstaat sichert auch die Freiheit der Religion. Gründe dafür, diese Ordnung zu stärken, zu schützen und aktiv weiter zu gestalten, sind überaus vielfältig und tiefgehend. Kirche stärkt die demokratische Ordnung, indem sie Gewissen bildet, Gespräch ermöglicht und Menschen zur Verantwortung ruft. Sie wird nicht selbst zur parteipolitischen Akteurin oder zum religiösen Verstärker politischer Feindbilder.

Zugleich gilt: Zugehörigkeit zum Volk Gottes ist nicht an politische Überzeugungen gebunden. Auch nicht an eine bestimmte demokratische Reife, sondern an die Taufe und letztlich an Gottes Gnade, die im Glauben zugänglich wird.

8. Kirche lässt sich nicht in Lager pressen

Die Aufgabe der Kirche ist es gerade nicht, sich auf eine politische Seite zu schlagen oder im Raster von „links“ und „rechts“ zu denken. Solche Kategorien sind weltliche Ordnungsschemata, keine theologischen (vgl. Gal 3,28; Phil 3,20).

Auch „Extremismus“ ist kein genuin christlicher Grundbegriff; geistlich gesprochen geht es darum, dass Menschen oder Bewegungen das 1. Gebot verletzen, andere Götter absolut setzen – und damit

auch der Nächstenliebe widersprechen (Ex 20,3; Mt 22,37–40). Zu solchen »anderen Götter« können werden: unterschiedliche Konzepte von Nation, Rasse, Klasse, Geschlecht, Identität, Egalität, Sicherheit, Wohlstand, Klima, Fortschritt, Natur. Auch eine Religion, die sich über andere stellt und anderen keine Freiheit lässt, kann zu einem solchen »Götzen« werden.

Kirchliche Worte konfrontieren politische Strömungen daher primär mit dem Doppelgebot der Liebe. Sie ordnen nicht in politische Schubladen. Kirche übernimmt nicht unbesehen die Kategorien und Etiketten, mit denen politische Kräfte sich gegenseitig bekämpfen. Sie prüft diese im Licht des Evangeliums.

9. Weisheitstheologie als Form der Politikberatung

Die Bibel kennt Politikberatung in der Sprache der Weisheit: Sprüche, Kohelet, Teile der Propheten und neutestamentliche Paränese. Ihr Grundparadigma lautet: „Die Furcht des Herrn ist der Anfang der Weisheit."

Geistliche Stellungnahmen zur Wahl sind gut beraten, in Kategorien der Weisheit zu sprechen: Besonnenheit statt Hysterie, Lernfähigkeit statt Starrsinn, Langmut statt Kurzschluss, Ehrfurcht vor Gott statt Anbetung politischer Lösungen.

Weisheit nimmt die Vielschichtigkeit der Wirklichkeit ernst. Sie fragt zuerst nach den physikalischen, natürlichen, menschlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Grundlagen, bevor sie Forderungen erhebt. Sie bedenkt die ökologischen Folgen politischen Handelns. Zugleich achtet sie auf die sozialen Auswirkungen: auf Armut und Reichtum, auf Verzweiflung und Mut, auf das gesellschaftliche Miteinander und den Zusammenhalt der Gemeinschaft. Weisheit achtet zudem die Bedingungen, unter denen Wirtschaft inmitten von Gottes Schöpfung und in der Gemeinschaft des Staates und der Völker dieser Welt zum Wohl aller floriert, und hält dabei Spannungen aus: Weder abstrakte Gleichheitsideale noch reine Fokussierung auf Eigennutz werden dem Gemeinwohl gerecht.

Der Heilige Geist ist der Geist der Wahrheit. Er sucht nicht eilfertige Antworten, sondern die geduldige Unterscheidung. So bewahrt er vor vorschnellem Urteilen. Er hilft, verschiedene Dimensionen der Wirklichkeit gemeinsam wahrzunehmen und verantwortlich zu prüfen.

10. Dienst der Versöhnung – ohne Verharmlosung und Gegenhass

Der Auftrag der Kirche ist der „Dienst der Versöhnung" (2 Kor 5,18–20).

Versöhnung beschwichtigt nicht, wo andere verhetzt oder entmenschlicht werden oder wo zu Gewalt aufgerufen wird. Wer Menschen bedroht und herabwürdigt oder Gewalt anheizt, steht im Widerspruch zum Evangelium (Röm 12,17–19).

Dazu gehört: Die antichristliche NS-Diktatur darf in keiner Weise verharmlost, relativiert oder umgedeutet werden – ebenso wenig wie andere totalitäre Regime, die Menschen entrechtet, verfolgt und bedrängt haben, etwa das SED-Regime der DDR. Wer die Verbrechen solcher Systeme beschönigt oder ihre Ideologie hoffähig macht, missachtet mindestens das 1. Gebot und das Gebot der Nächstenliebe.

Ebenso gehört dazu: Jeder Antisemitismus ist unvereinbar mit dem christlichen Glauben. Egal ob von rechts, von links, aus der politischen Mitte, aus islamistischen Milieus oder aus aktivistischen Bewegungen und Jugendorganisationen. Die Kirche bekennt dagegen die bleibende Erwählung Israels (Röm 9–11) und die unaufhebbare Verbundenheit mit dem ersten Volk Gottes; wer Juden

bedroht, diffamiert oder ihr Existenzrecht bestreitet, widerspricht Gottes Bundestreue und verletzt die Würde derer, die er sein Volk nennt.

Zugleich gehört nun aber auch dies zur Wahrheit: Wer seinerseits zu Hass und Ausgrenzung gegenüber denen aufruft, denen er Hass, Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung vorwirft, wird Teil des Problems und verstrickt sich in denselben Geist. Jesus warnt vor dem »Balken im eigenen Auge« (Mt 7,3–5) und ruft dazu auf, Gewalt- und Hasskreisläufe nicht zu bedienen. Der Grundsatz lautet: „Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem“ (Röm 12,21).

Geistliche Worte zur Wahl warnen ausdrücklich davor, das Böse nur in „einer Ecke“ zu verorten und auf Propaganda mit einfachen Schuldzuweisungen hereinzufallen. Sie rufen dazu auf, sich selbst und das eigene Lager am Evangelium prüfen zu lassen und Konflikte so zu führen, dass Veränderung und Umkehr möglich bleiben, statt Fronten zu verfestigen. Kirchliche Stellungnahmen dürfen und sollen sich mit Bedrohten, Ausgegrenzten und Verletzlichen solidarisieren, sprechen aber so, dass daraus kein neues „Wir gegen die anderen“ wird, sondern deutlich bleibt: Auch Kritisierte bleiben als Kinder Gottes und (mögliche) Geschwister im Glauben im Blick – alle gemeinsam werden zu Korrektur, Umkehr und Versöhnung aufgerufen.

11. „Störungen haben Vorrang“: Hören als geistliche Aufgabe

Wie in der Pädagogik gilt auch im öffentlichen Raum: „Störungen haben Vorrang.“ Wer laut stört, demonstriert, blockiert, sich »festklebt«, protestiert, »Protest wählt« oder irgendwie »ausbricht« und damit andere verängstigt, macht oft eigene tiefere Ängste, Ohnmachtsgefühle oder Verletzungen sichtbar. Oft erscheinen die dann erhobenen Forderungen unannehmbar, unangemessen und falsch.

Die Kirche muss diesen Menschen nicht recht geben, aber sie sollte hören, was sie umtreibt. Aber auch die Not der »Stillen im Land« verdient Gehör. Geistliche Worte zur Wahl sind darum nicht wertende Dekrete „von oben“, sondern hörende, unterscheidende Rede, die Konflikte wahrnimmt, ordnet und ins Gebet nimmt. Zur Not müssen wir miteinander Klagepsalmen in den Himmel schreien.

12. Grundsatz: Vom Evangelium her formulieren

Kirchliche Stellungnahmen zur Wahl sind geistliche Rede, keine bloß politischen Kommentare. Sie denken von Christus und seinem Evangelium her: vom Kreuz, das Gottes Macht als geradezu törichte Liebe zeigt (1 Kor 1,18–25), von der Rechtfertigung, die alle Seiten als Sünder und Geliebte sieht (Röm 3,23–24), von der Bergpredigt, die zum Frieden ruft (Mt 5,9), und vom Auftrag, in Verantwortung für andere zu handeln (Mt 25,31–46). Das Evangelium sieht in jedem Menschen ein Ebenbild Gottes. Daraus folgt die Würde eines jeden Menschen, die zu achten ist, bei Fremden und Einheimischen, bei Menschen in der Nähe und in der Ferne: das Ethos christlicher Nächstenliebe. Das ist nichts, was politisch allgemein eingefordert oder gar hergestellt werden kann. Es ist aber ein Maßstab, der evangelisch orientiert.

Die Kunst des geistlichen Wortes besteht darin, diese Spannungen zusammenzuhalten: klare Orientierung am Reich Gottes, ernsthafte Wahrnehmung komplexer Bedingungen, kritische Distanz zu allen Mächten. Dazu das seelsorgliche Anliegen, auch den jeweils anderen in der Gemeinschaft der Kinder Gottes wahr (!) zu nehmen. Zugleich der Ruf zu Versöhnung, Selbstkorrektur und gemeinsamer Wahrheitssuche. Eine Kirchenleitung, die so spricht, legt Prüfsteine vor, die über den Wahltag hinaus Orientierung geben – für Gemeinde, Öffentlichkeit und das eigene Handeln.

13. Unfreiheit ernst nehmen – auch als ängstliches Gefühl

In verschiedenen Umfragen gibt nur noch eine Minderheit der Menschen in Deutschland an, dass man seine politische Meinung frei äußern könne. So kam der „Freiheitsindex Deutschland 2023“ (Institut für Demoskopie Allensbach/Stiftung für die Zukunft der Freiheit) auf nur rund 40 Prozent, die der Ansicht sind, man könne seine Meinung hierzulande frei sagen.

Rechtlich ist Deutschland ein freies Land mit hoher Presse- und Meinungsfreiheit. Es gibt weltweit hohe Anerkennung dafür. In jüngerer Zeit weisen aber auch internationale Beobachter und Menschenrechtsberichte auf problematische Entwicklungen hin. Das Auseinanderklaffen von formaler Freiheit und subjektiv erlebter Begrenzung ist ein Alarmzeichen: Wenn viele Menschen das Gefühl haben, nicht frei reden zu können, werden Konflikte nicht mehr offen ausgesprochen, verschieben sich ins Halbdunkel und entladen sich an anderer Stelle. Geistliche Rede sollte diese Erfahrungen nicht vorschnell als „Opfermythos“ oder „Einbildung“ abtun, sondern sie wahrnehmen, prüfen und in eine Kultur des offenen, fairen Gesprächs überführen.

Geistliche Worte zur Wahl sollten das Unbehagen ernst nehmen, ohne die rechtlich garantierte Freiheit zu leugnen. Sie sollten daran erinnern, dass die Bibel die freie Rede und das offene Ringen um Wahrheit hoch schätzt – von den Psalmen der Klage über die prophetische Kritik bis zur Aufforderung, „die Geister zu prüfen“ (1 Joh 4,1; Apg 4,19–20).

Die Aufgabe des Staates ist es, Rahmenbedingungen für Freiheit, Recht und Sicherheit zu gewährleisten. Die Aufgabe des Evangeliums ist es, die Ziele Gottes wachzuhalten: seine gute Absicht mit der Schöpfung, die Versöhnung durch die Liebe des Erlösers und das befreiende Wirken des Geistes, der die Welt verwandeln will (Röm 8, 19ff; 2 Kor 5,17–20).

14. Gespräche führen, Freiheit leben, Versöhnung ermöglichen

Kirche ist ihrem Wesen nach auf Gespräch angelegt: Gott redet, Menschen antworten, und in der Gemeinde werden Geister geprüft (1 Joh 4,1; Apg 15; 1 Kor 14,29). Daraus folgt: Kirchliche Leitungen rufen – gerade in polarisierten Zeiten – zum Gespräch auf und öffnen Räume, in denen auch harte Konflikte ausgesprochen werden können, ohne dass Menschen vorschnell etikettiert oder abgeschrieben werden (Jak 1,19–20).

Mitarbeitende dürfen nicht unter Druck gesetzt werden, sich politisch zu äußern oder sich innerkirchlich politisch zu bekennen. Gewissensfreiheit ist zu achten. Ebenso die Vielfalt politischer Positionen, solange sie mit dem Bekenntnis vereinbar sind (Röm 14,1–4). Maßstab der Legitimität ist die Bindung an das Bekenntnis – nicht das politische Urteil Dritter. Zu achten ist auch die Einheit der Gemeinde. Damit dieser wesentliche Aufruf Jesu (Joh 17,21) nicht zum Totschlagargument gegen abweichende Meinungen verkommt, muss klar sein: Konflikte sind auszuhalten. Toleranz hat mit Schmerzen zu tun. Wir müssen das gemeinsam in Kauf nehmen. Erst wenn klar wird, dass jemand wirklich in fundamentalem Gegensatz zur Gemeinschaft mit Christus und seiner Kirche lebt und handelt, kann man nach entsprechenden Gesprächen (Mt 18,15ff) über Maßnahmen nachdenken. Der fundamentale Gegensatz kann allerdings nicht in der bloßen Mitgliedschaft oder Aktivität für eine Partei oder eine Gruppe bestehen, sondern müsste schon im Einzelfall - wie es die Rechtsordnungen vorsehen – anhand der Person und ihrer eigenen Positionierung und ihrem Verhalten geprüft werden.

Durch kluge, am Evangelium orientierte Stellungnahmen sollte die Kirche Menschen aus unterschiedlichen politischen Lagern zum Gespräch, zur Selbstprüfung und zur Suche nach Versöhnung einladen (2 Kor 5,18–20). Das gilt auch für solche mit absonderlich wirkenden, als populistisch oder extrem verdächtigten Meinungen. So übernimmt sie eine Aufgabe, die der

Gesellschaft zunehmend fehlt: Sie stiftet Gesprächsgrundlagen, ermöglicht Hören und Verstehen. Sie hilft, die Bereitschaft einzuüben, andere wahrzunehmen, bevor man über sie urteilt (Mt 7,1–5).

15. Epilog

Tendenzen der Spaltung sind ernst zu nehmen. Notlagen dieser Welt sind ernstzunehmen. Die Pluralität der umstrittenen Analysen und Lösungsvorschläge ebenso.

Ein weisheitlicher theologischer Ansatz für ein Wort, das quer durch die gesellschaftlichen »Blasen« gehört wird, sucht nach einer anderen Ebene. Nach einer Ebene, die nicht durch einfache politische Kategorien vorgegeben ist. Geistliches Nachdenken bedeutet Hören, Beten, Innehalten. Wie die Zukunft aussieht, wissen wir nicht. Geistliches Leben hat immer mit Anfechtung und Kampf zu tun. Für diese Anfechtung müssen Worte gesucht und gefunden werden, die hilfreich sind, die dem Einzelnen – egal von wo er oder sie politisch kommt - einen Mehrwert, einen neuen Gesichtspunkt bieten. Nur so wäre auch eine politische Veränderung durch ein geistliches Wort möglich.

Die Aufgabe ist schwer. Machen wir sie uns nicht zu einfach. Aber dann besteht Hoffnung: Worte, die nicht ausweichen, nicht leugnen, sondern mitten hineingehen in die Fragen, Zweifel und Anfechtungen, werden etwas bewegen. Wenn sie der Welt Gottes Wirklichkeit und Weisheit als einen fremden Spiegel vor Augen halten.

Forum Kirche & Theologie e. V.

Sitz: Leipzig, VR-Nr. 8021

Funkenburgstraße 27
04109 Leipzig
info@forumkth.net

IBAN: DE47 8605 5592 1090 3536 65 BIC: WELADE8LXXX Sparkasse Leipzig

Impressum/Datenschutz